

presse

Wissenschaftlicher Nachwuchs: Zu wenig Perspektive

Zur Vorlage des zweiten Bundesberichts Wissenschaftlicher Nachwuchs 2013 erklärt der stellvertretende bildungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Swen Schulz:

Der Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs macht deutlich, welcher Mangel an Perspektiven für die jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler besteht. Der Befristungsanteil hat weiter zugenommen, auch die Drittmittelfinanzierung gewinnt weiter an Bedeutung. Diese Fehlentwicklung der vergangenen Jahre muss gestoppt und umgekehrt werden. Die SPD-Bundestagsfraktion schlägt darum eine Änderung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes mit dem Ziel der Eindämmung von Befristungen sowie eine Personaloffensive von Bund und Ländern vor.

Nicht zuletzt der Bund hat mit seinem wachsenden Engagement seit der Jahrtausendwende zu einem erheblichen Wachstum im Bereich des wissenschaftlichen Nachwuchses beigetragen. Doch trotz einiger positiver Trends wie der Akzeptanz der Juniorprofessur oder der steigenden Zahl von Nachwuchsgruppen sind die Lebens- und Karriereperspektiven nicht in gleichem Maße mitgewachsen. Wir brauchen eine Personaloffensive von Bund und Ländern, damit die qualifizierten jungen Menschen nach langen „Befristungskarrieren“ nicht länger vor der Alternative „Professur oder nichts“ gestellt werden.

Die Untätigkeit der Koalition hinterlässt ihre Spuren auch im Bundesbericht. Schwarz-Gelb hat in dieser Legislaturperiode keine einzige neue Initiative zur besseren Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses auf den Weg gebracht. Eine überfällige Novelle des Befristungsgesetzes für die Wissenschaft lehnt sie bislang ab. Von einer Personaloffensive will sie nichts hören oder schiebt den „Schwarzen Peter“ den Ländern zu. Für die dauerhafte

Bundesfinanzierung von Personal, und zwar an allen Hochschulen, verweigert sie weiterhin die Zustimmung in der Verfassungsdebatte.

Zur intensiven Beratung dieser Fragen wird der Bildungsausschuss im Deutschen Bundestag im Juni 2013 eine Fachanhörung durchführen. Wir bieten der Koalition ausdrücklich Gespräche über unseren Entwurf für ein verbessertes Wissenschaftszeitvertragsgesetz an. Wir hoffen, dass CDU/CSU und FDP aus diesem Bericht klug werden.